

Besondere Bedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: S.W. 68, Cindenkstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 282-293. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Dienstag

28. Juli 1925

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr. Verleger: Hermann-Verlag GmbH, Berlin S.W. 68, Cindenkstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

# Hausfuchungen bei Justizbeamten.

## Strafbare Handlungen der Anklagebehörde im Barmat-Verfahren. - Zusammenarbeit zwischen Staatsanwälten und Deutschnationalen.

Wolffsbureau teilt mit: Die Berliner Kriminalpolizei nahm heute morgen verschiedene Durchsuchungen in einem politischen Nachrichtenbureau, in der Cühowstr., vor, das die Quelle zahlreicher ansehenerregender Veröffentlichungen in der Barmat-Kutischer-Angelegenheit gebildet hat, ferner bei Angestellten dieses Bureaus, sowie bei zwei Justizbeamten, die mit der Bearbeitung jener Sachen beschäftigt waren. Das kriminalpolizeiliche Vorgehen gründet sich auf den Verdacht verschiedener Straftaten, u. a. der unbefugten Veröffentlichung amtlicher Schriftstücke eines schwebenden Strafprozesses.

Die von der Durchsuchung Betroffenen wurden bei der Kriminalpolizei bereits einer ersten Vernehmung unterzogen. Nach Abschluß der polizeilichen Vernehmungen werden die Vorgänge der zuständigen Staatsanwaltschaft zur weiteren Verfolgung der Angelegenheit zugewiesen werden.

Wie wir hören, sind die Maßnahmen der Kriminalpolizei erfolgt auf Grund eines umfangreichen Materials, das den Behörden vor einiger Zeit zugeleitet wurde. Aus diesem Material, das vordem auch uns vorgelegen hat, teilen wir der Öffentlichkeit einige wesentliche Tatsachen mit.

Dieses Material erbringt den Nachweis, daß die ganze Barmat-Angelegenheit von Anfang an keine kriminalistische, sondern eine politische, auch von der Staatsanwaltschaft politisch aufgelegene Angelegenheit war, die sich gegen die republikanischen Parteien, hauptsächlich gegen die Sozialdemokratie und das Zentrum, aus Anlaß der damals bevorstehenden Reichspräsidentenwahlen richtete. Es war noch eine Erweiterung des Angriffs geplant, bei dem auch die Demokraten mit einbezogen werden sollten. Für diese Erweiterung war ein umfangreiches, aus den Deutschen Werken entnommenes Material, in Aussicht genommen worden, zu dessen Verwertung es jedoch aus Gründen, auf die wir noch einmal zurückkommen werden, nicht gekommen ist.

Auf jeden Fall steht das eine fest, daß in der ganzen Barmat-Angelegenheit die Staatsanwaltschaft,

namentlich die Herren Assessor Caspari und Assessor Ruhmann sowie Oberstaatsanwalt Klode in engerer Fühlung mit Stellen der Deutschnationalen Volkspartei gearbeitet

und diesen das ihr amtlich bekannt gewordene Material zur publizistischen Verwertung zugeleitet hat, daß für diese Hilfeleistung einzelne der genannten Herren Gefälligkeiten und Versprechungen erhalten haben, die wohl das Kernstück der kommenden kriminalistischen Untersuchung bilden müssen.

Im einzelnen wollen wir heute folgendes mitteilen:

Bei der Deutschnationalen Volkspartei, Berlin W. 9, Bernburger Straße 24, II., war unter einem früheren Oberregierungsrat Goebel ein besonderes Bureau für die Bearbeitung und politische Ausschlichtung der Barmat- und mit ihr zusammen genannter Angelegenheiten eingerichtet worden. Von diesem Bureau liefen die Fäden zu einem zweiten Bureau, das sich Berlin W. 35, Bülowstraße 60 mit der Telefonnummer Rollendorf 6662 in der Wohnung eines Herrn von Beaulieu befand. Eine Dame, die als Tochter des Herrn von Beaulieu bezeichnet wird, wirkte in dem Bureau als Sekretärin.

Der eigentliche Vetter des Bureaus jedoch war ein gewisser Ernst Knoll, wohnhaft in Oberschöneweide, Luisenstraße 28. Knoll arbeitete aber nicht unter seinem richtigen Namen, sondern nannte sich meist Dr. Kluge, später aus einem gewissen Anlaß auch Klausung. Angestellt an diesem Bureau war ein Kaufmann Fritz Kranz, Berlin-Friedenau, Bouterstraße 27, ferner her von der Ehrhardt-Brigade her bekannte Kapitänleutnant Kautter, Berlin-Schöneberg, Mohlstraße 22. Es kamen dann später noch hinzu: der für die Rechtsparteien schriftstellerisch tätige Wolfgang Breithaupt, wohnhaft Schöneberg, Mohlstr. 73, bei Fehner, jüngst bekannt geworden durch die Herausgabe eines Buches im Sinne der Dolchstoßlegende, und der Journalist Werner Mühlberg, Berlin W. 57, Potsdamer Straße 83.

Sehr interessant ist ein Blick auf die Geldgeber, die dieses Bureau finanzierten. Die namhaftesten Beträge für den Erwerb von Material und die Gehälter der Angestellten liefen zunächst über Herrn Badmeister, den Berliner Vertreter der „Bergisch-Märkischen Zeitung“, Berlin S.W. 11, Großbeerenstr. 511. (Rollendorf 4067). Später trat als Geldgeber auf der deutschnationalen Reichstagsabgeordnete Leopold, Direktionsmitglied des Mitteldeutschen Braunkohlenyndikats. Die von ihm ausgestellten Schecks liefen über das Bankhaus Desbrück, Schiller u. Co. in der Mauerstraße.

Das Bureau stand in engerer Fühlung auf der einen Seite mit der deutschnationalen Presse, auf der anderen Seite mit der Staatsanwaltschaft. Es fanden eine ganze Anzahl von Konferenzen statt, an denen Herren des Bureaus, wie der genannten beiden Seiten teilnahmen, so im Restaurant „Weinpfuhl“, Könnigsgrüher Straße, in einer Bierneipe, Bülowstr. 74, in einer Bierneipe auf

dem Südwestkorso (Stammlokal des Herrn Assessor Ruhmann), zuletzt erst vor kurzer Zeit in einem Berliner Hotel.

Die Beziehungen des Bureaus zur Rechtspresse waren außerordentlich enge, wofür eine sehr umfangreiche und vorliegende Korrespondenz Zeugnis ablegt. Es wurden namentlich Briefe gewechselt mit der „Deutschen Zeitung“ und den mit diesem Blatt in Zusammenhang stehenden Herren Freiherr von Sodenstern, Oberfinanzrat Bang, Herr von Herberg usw., mit Herrn Dr. Destreich von der „Berliner Börsenzeitung“ (dem Gönner des Herrn Tammensapf), mit Herrn Funf vom gleichen Blatt, mit der inzwischen entschlafenen „Nationalpost“, mit der „Bergisch-Märkischen Zeitung“ u. a. m. Besonders interessant ist, daß dieses Bureau auch enge Beziehungen zu der Hugenbergschen „Telegraphen-Union“ unterhielt und zwar durch deren Redakteur Herrn Games. Das Zusammenspiel dieser Pressestellen war genau geregelt. Sollte z. B. der Berliner Ursprung einer Rolle verschleiert werden, so ging diese an die „Bergisch-Märkische Zeitung“ in Elberfeld und wurde erst aus dieser rückübernommen. Zur Verbreitung der gleichen Sache an mehrere Blätter wurde die „Telegraphen-Union“ benutzt und zwar in folgender Weise (es handelt sich wahrscheinlich um die Verbreitung des widerrechtlich veröffentlichten Kammergerichtsbeschlusses in Sachen Barmats):

Dr. Kluge, Berlin, den 25. Mai 1925. Berlin W. 35, Bülowstr. 60. Tel. Rollendorf 6662, bei n. Beaulieu.

Herrn Chefredakteur Games, Telegraphen-Union Berlin, S.W. 61, Bückerstraße 12. Sehr geehrter Herr Games!

Unter Bezugnahme auf unser heutiges Telefongespräch übersende ich Ihnen beifolgend 4 Abschriften eines Dokuments, an dessen schnellster und breitetester Veröffentlichung größtes Interesse geboten ist. Der Inhalt des Schriftstückes dürfte nach dieser Richtung für sich selber sprechen. Es wird Ihnen wohl schon bekannt sein, daß auf Eingreifen des Justizministeriums die weitere Bearbeitung der Anlage der Staatsanwaltschaft I als der gesetzlich vorgeschriebenen Dienststelle entzogen und der Generalstaatsanwaltschaft am Kammergericht überwiesen ist. Es muß daher schleunigst dafür gesorgt werden, daß diesem offensichtlichen und parteipolitisch beeinflussten Rechtsbruch der höchsten preussischen Justizinstanz mit aller Energie entgegengetreten wird. Entsprechenden Begleittext überlasse ich Ihnen bzm. den betr. Zeitungen.

Mit deutschem Gruß Ihr sehr ergebener Dr. Kluge. Die sonst das Zusammenspiel funktionierte, dafür aus vielem Vorliegenden nur eine Probe:

# Keine Vertagung des Reichstags.

## Durchpeitschungsabsichten der Regierungsparteien.

Der Kassenauschuß des Reichstages trat am Dienstag, mittags 12 Uhr zu einer Beratung zusammen, in der zunächst der Reichstagspräsident Löbe fragte, ob von irgendeiner Partei, wie das die Zeitungen behaupteten, der Antrag vorläge, die Verhandlungen des Reichstages am Sonnabend abzubrechen. Die Parteiführer erklärten, von solchen Absichten nichts zu wissen. Von deutschnationaler Seite wurde verlangt, daß die Beratung für die Steuergeetze auf bestimmte Tage kontingentiert werden solle. Dem widersprachen Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten, die damit einverstanden waren, daß zu Beginn der Beratung eines jeden Gesetzes eine Redezeit von einer Stunde bezw. einer halben Stunde gewährt werden müsse. Außerdem müßten bei wichtigen Kapiteln wie z. B. Lohnsteuer und Zugsteuer Redezeiten von einer halben Stunde gewährt werden. Nach hierüber kam eine Einigung nicht zustande. Es wurde zunächst der Präsident gebeten, zusammen mit je einem Steuerfachmann aus jeder Fraktion zu versuchen, einen Plan für die Zusammenfassung von Paragraphen zu entwerfen, die sachlich miteinander in Verbindung stehen. Das solle zunächst für die Einkommensteuer und dann auch für die anderen Geetze versucht werden. Von deutschnationaler Seite wurde erklärt, daß die Fraktionsmitglieder zur Anwesenheit im Reichstag verpflichtet seien. Es sei anzuerkennen, daß die Kompromißparteien, für die Präzedenz des Hauses zu sorgen hätten. Bezeichnend war, daß Herr von Graefe als Vertreter der Völkischen sich angesichts der Geschäftslage des Hauses für die Durchpeitschung der vorliegenden Vorlagen aussprach.

### Im Zollausschuß wie immer.

#### Die Zöllner schweigen in allen Sprachen.

Im Zollausschuß war heute morgen von der Reproduktion, die sich sonst überall und namentlich im Plenum bemerkbar macht, nicht das Geringste zu merken. Der Vorsitzende leitete ruhig wie immer die

Dr. Kluge, Berlin W. 35, Bülowstr. 60. Tel. Rollendorf 6662. An die Schriftleitung der „Deutschen Zeitung“, Berlin S.W. 11, Hedemannstr. 12. Berlin, den 5. Mai 1925.

In der Anlage sende ich Ihnen beifolgend Abschrift eines Artikels der „Bergisch-Märkischen Zeitung“, die ihrerseits Bezug nimmt auf die „Berliner Börsenzeitung“ vom Sonnabendnachmittag Nr. 204. Die „Börsenzeitung“ wird morgen früh ihrerseits wieder auf die „Bergisch-Märkische Zeitung“ reagieren und wäre es zur Erreichung des in Rede stehenden Zweckes sehr erwünscht, wenn auch Sie dann, und zwar in Ihrer nächstfolgenden Nummer die Angelegenheit entsprechend aufgreifen und kommentieren.

Ich bitte Sie, mir von der betreffenden Ausgabe einige Belegexemplare zu übermitteln, da ich dieselben bringen benötige, und zwar an die Adresse von Beaulieu, Bülowstr. 60.

Mit deutschem Gruß gez. Kluge.

Es tauchen sonst noch im Zusammenhang mit diesem Bureau auf: Der Brunnen-Verlag (Karl Windler), in dem die berühmte Barmat-Broschüre des deutschnationalen Abgeordneten Kaufhold erschien, Herr Mahraun (Cassel), der bekannte Gründer des Jungdeutschen Ordens, sowie eine Anzahl deutschnationaler Reichstags- und Landtagsabgeordneter. Vor allem natürlich Herr Besold, der Geldgeber vom Mitteldeutschen Braunkohlenyndikat.

Woher stammte nun das Material, mit dem das Bureau diese Stellen versorgte? Es waren zum Teil gestohlene Akten aller Art zum großen Teil aber stammte es direkt von der Staatsanwaltschaft, die dem Bureau willig nicht nur Einblick in die Barmat- u. m. Akten gewährte, sondern ihm sogar leihweise einzelne Originaldokumente aus den Akten zur Vorlage an deutschnationale Journalisten und Abgeordnete, sowie von der Staatsanwaltschaft gefertigte Abschriften wichtiger Dokumente überließ.

In dem berühmten Zimmer 670 bezw. 671 Roabit, wo die Sachen Barmat und Kutischer bearbeitet wurden, gingen die Angestellten des Bureaus täglich ein und aus. Herr Dr. Kluge-Knoll war mit Herrn Assessor Ruhmann, sowie mit Herrn Assessor Caspari, eng befreundet, mit Ruhmann duzte er sich sogar und ging oft mit ihm zu Kneipereien, bei denen meist Kluge-Knoll die erhebliche Jeche bezahlte. Auch Herr von Beaulieu, der Inhaber des Bureaus, war mit Ruhmann bekannt. Er begleitete ihn noch im Juli auf der Ferientour mit

Sitzung und die Rechte schweig dazu in allen Sprachen. Nur zwei Vertreter der kleinen und mittleren Landwirtschaft beteiligten sich an der Debatte. Im übrigen war es den Sozialdemokraten allein überlassen, die Interessen der großen Masse der Konsumenten bei den wichtigen Artikeln Vieh, Fleisch, Geflügel, Eier und Fette aller Art zu vertreten. Eingeleitet wurde die Aussprache durch den Abg. Gerauer (Bayern. Vpt.), der mit Entschiedenheit und Nachdruck Fülle auf Vieh und Fleisch verlangte. Dem Bauernvertreter antwortete Genosse Wurm, die sich durchaus damit einverstanden erklärte, der Landwirtschaft, insbesondere den kleinen Besitzern, helfen zu wollen. Diese Hilfe sei jedoch unmöglich zu bringen durch den lächerlichen Zolltarif, der vor allen Dingen die Möglichkeit vereitelt, die Betriebe der kleinen Landwirtschaft in wünschenswerter Weise rentabel zu gestalten.

Genosse Nemik betonte, daß wir uns mit aller Entschiedenheit gegen die Pläne der Regierung der Zollparteien wenden müßten, nicht aus agitatorischen, sondern aus volkswirtschaftlichen und volksgesundheitlichen Gründen, die bei den maßgebenden Faktoren zugunsten einer kleinen Clique vollständig außer Acht gelassen seien. Der schleswig-holsteinische Besitzer Hanken, ein Wirtschaftsparteiler agitierte vornehmlich gegen die Einfuhr von argentinischem Gefrierfleisch. Genosse Hülberding wendete sich kurz gegen den Wirtschaftsparteiler unter Hinweis auf die früher gepflogenen Diskussionen, in dem er noch einmal darauf hinwies, daß wir unter allen Umständen das Rohprodukt zollfrei behalten wollten, um dadurch der Veredelungswirtschaft billiger Produktionsmöglichkeiten zu schaffen. Dann verlangte er eine Auskunft darüber, wie sich die Regierung die Durchführung der in dem Antrag der Kompromißparteien vorgesehene Verteilung von Gefrierfleisch an Rinderbemittele denke, ohne daß die Gefahr nicht geringer Schikanen damit verbunden sei. Die Regierung schwieg sich vorläufig aus.

(Die Verhandlungen gehen bei Schluß der Redaktion weiter.)





